

## VERTREIBUNGEN IN MYANMAR

# Der extreme Preis eines Rohstoffbooms

Die Rohingya sind Opfer einer «ethnischen und religiösen Säuberung», wie die Uno nun bestätigt. Das stimmt. Doch die Gründe dafür liegen tiefer, als gemeinhin geglaubt wird – nämlich buchstäblich im Boden.

VON MARKUS SPÖRNDLI



Die tödlichen Folgen der Teile-und-herrsche-Politik: Brennendes Haus im Dorf Gawduthar im Norden des Bundesstaats Rakhine. FOTO: REUTERS

Myanmar kommt wegen des Umgangs mit der muslimischen Minderheit der Rohingya zunehmend unter Druck. Am Montag bezichtigte das Uno-Hochkommissariat für Menschenrechte den grössten Staat Südostasiens der «ethnischen und religiösen Säuberung», die besonders seit den Anschlägen einer obskuren militanten Gruppierung auf myanmarische Sicherheitskräfte Ende August ihren Lauf genommen habe. Und so verliert auch die Friedensnobelpreisträgerin und Menschenrechtikonin Aung San Suu Kyi, gelinde gesagt, rasant an Glanz: Nach der WOZ (siehe Nr. 35/17) fragen sich nun auch die NobelpreiskollegInnen Suu Kyis wie der südafrikanische Erzbischof Desmond Tutu oder die pakistanische Kinderrechtsaktivistin Malala Yousafzai öffentlich, warum die De-facto-Regierungschefin nichts tut, um die systematische Vertreibung der muslimischen Bevölkerung zu verhindern.

Dafür gibt es zwei Erklärungen. Die erste liegt in der Geschichte, die zweite in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes.

## Die Ideologie der Einheit

So ist die ethnisch-religiöse Dimension des Konflikts im Staatsverständnis Myanmars begründet, das durch den Kolonialismus geprägt wurde. «In Myanmar dreht sich alles um ein Konstrukt der Einheit, in deren Zentrum die myanmarischen Buddhisten stehen», sagt Chris Lewa in Bangkok. Die Direktorin von Arakan Project, einer Organisation, die in der Region forscht und die Rohingya unterstützt, gilt als eine der besten KennerInnen des Konflikts und der Situation in der Rakhine-Region (die früher Arakan hiess).

Ein solches Einheitsverständnis ist in einem Staat mit offiziell 135 ethnischen Minderheiten nicht einfach durchsetzbar. Und es beruht auf der kolonialen Politik, die einst Britannien im Land praktizierte. «Als die Region zu ihrem Kolonialreich gehörte, siedelten die Briten viele Muslime an, die sie als Feldarbeiter einsetzten», sagt Lewa. Es gab also, neben den Rohingya, die schon Jahrhunderte dort gelebt hatten, tatsächlich Muslime, die «von aussen» kamen. Was mit ein Grund ist, dass sich auch die buddhistischen Bevölkerungsteile in Rakhine an der Westküste des Landes schon lange an den Rand gedrängt fühlen. Die Zentralregierung nutzt das aus, indem sie die Rohingya nicht als StaatsbürgerInnen anerkennt und durch ein muslimfeindliches Narrativ verhindert, dass sich andere Minderheiten mit ihnen solidarisieren. «Das ist die Teile-und-herrsche-Taktik, die die myanmarischen Militärs von den Briten übernommen haben», meint Lewa.

Dass auch Suu Kyi die Einheitsideologie unterstützt und hinter der Armee steht, ist keine Überraschung. Schon im Wahlkampf vor zwei Jahren ignorierte sie die Situation der Rohingya und stellte keinen einzigen muslimischen Parlamentskandidaten auf.

Die zweite Ursache für den Konflikt ist eine ökonomische. «In Myanmar gibt es einen unglaublichen Rohstoffboom», sagt Mahi Ramakrishnan, eine investigative Journalistin und Dokumentarfilmerin, die in Kuala Lumpur lebt. «Schon während der Militärdiktatur ab 1988 baute die Armee vor allem in den ethnisch gespaltenen Gliedstaaten Edelsteine ab.» Betroffen sind neben Rakhine insbesondere Kachin im Norden und die bergige Shan-Region im Osten. «Heute, nach der politischen Öffnung des Landes, sind die Bevölkerungen in diesen Regionen vom rigorosen Abbau wertvoller Minerale wie Titan betroffen», sagt Ramakrishnan. «Schon als ich 2013 in Myanmar war, sah ich, wie Unternehmensvertreter aus dem Westen, aus Indien und China bei Behörden in der Hauptstadt Naypyidaw buchstäblich Schlange standen, um im Land investieren zu dürfen.»

Landraub ist die Folge. «Der Rohstoffabbau ist am einfachsten, wenn keine Menschen mehr da sind», sagt Ramakrishnan. In Rakhine sind auch myanmarische BuddhistInnen davon betroffen, besonders aber die isolierte Minderheit der Rohingya. «Es gibt eine lange Geschichte der ethnisch-religiösen Diskriminierung, aber die zunehmende Gewaltwelle ist auf jeden Fall auch eine Folge des Rohstoffbooms», so Ramakrishnan.

Die US-amerikanische Soziologin und Globalisierungsspezialistin Saskia Sassen schrieb Anfang des Jahres im «Guardian», dass schon die Militärdiktatur Kleinbauern ohne Kompensation enteignet habe. Doch in den vergangenen fünf Jahren habe die Besetzung enormer Landstriche für Entwicklungsprojekte in den Bereichen des Bergbaus, der Holz- und der Landwirtschaft stark zugenommen: allein zwischen 2010 und 2013 um 170 Prozent. Sowohl Sassen als auch Ramakrishnan sehen die Zunahme des Landraubs und der Gewalt als Folge einer Gesetzesänderung im Jahr 2012, durch die insbesondere der Rohstoffsektor für ausländische Investoren geöffnet worden ist. Laut Ramakrishnan wird der Druck auf die Bevölkerung in Rakhine noch zunehmen, etwa durch ein indisches Hafenprojekt oder eine geplante chinesische Gaspipeline.

## Hunderttausende sind auf der Flucht

Nicht so sehr eine fehlgeleitete wirtschaftliche Entwicklung, sondern eine fehlende Entwicklungspolitik macht Chris Lewa von Arakan Project aus: «Rakhine, aber auch andere Bundesstaaten mit grossen Minderheiten werden von der Zentralregierung systematisch vernachlässigt. Es gibt noch immer kaum Elektrizität, und die Bauern müssen mit primitivsten Geräten arbeiten.»

So oder so, die Folgen sind grausam. Laut Uno sind allein in den letzten Wochen 370 000 Rohingya nach Bangladesch geflohen, Schätzungen gehen von 3000 Toten aus.

## SOZIALPROTESTE IN FRANKREICH

## Lieber faul als Exportweltmeister

VON ROMAN ENZLER

«Es gibt kein Recht auf Faulheit», verfügte 2001 der damalige deutsche Kanzler Gerhard Schröder – um ein Jahr später damit zu beginnen, den Arbeitsmarkt zu liberalisieren. Während sich die deutschen SozialdemokratInnen also in protestantischer Arbeitsethik übten, verharrten die katholischen FranzösisInnen im Schlendrian. So zumindest wollen manchen die Dinge in der Retrospektive erscheinen.

Zum Beispiel Emmanuel Macron. Dieser nämlich reklamierte das Präsidentenamt mit dem Anspruch für sich, nun endlich auch Frankreich ertüchtigen zu wollen. Und so versicherte er vor einigen Tagen, dass er sich niemals in seinem Reformeifer beirren lassen würde – und zwar erst recht nicht von «Faulenzern, Zynikern und Extremisten». Seine GegnerInnen, das suggerierte Macron damit, seien also bloss zu faul, sich dem Wettbewerb zu stellen.

Weshalb aber sollten sich die Franzosen und Französinnen auch ein neoliberales Fitnessprogramm aufschwätzen lassen, nachdem

die Lohnabhängigen jenseits des Rheins erfahren mussten, dass es mit den Verheissungen der VerfechterInnen immer weiterer Deregulierungen nicht weit her ist? Zwischen 2001 und 2009 war Deutschland das einzige EU-Mitglied, in dem die Reallöhne gesunken sind – um satte 5,7 Prozent. In Frankreich stiegen sie derweil um 8,3 Prozent. Danach wurde es nur wenig besser. Deutschland protzt zwar mit tiefen Arbeitslosenzahlen. Doch was nützt Vollbeschäftigung, wenn die Löhne die Lebenshaltungskosten nicht mehr decken, die Beschäftigten immer weniger Rechte haben und die Jobs immer volatiler werden? 2016 waren in Deutschland 46 Prozent aller neu besetzten Stellen befristet.

Was bleibt den ArbeiterInnen und Angestellten Frankreichs da anderes übrig, als das bisschen Musse, das ihnen noch zusteht, zu verteidigen? Ein «droit à la paresse», ein Recht auf Faulheit, wie es der französische Sozialist und Marx-Schwiegersonn Paul Lafargue schon 1880 reklamierte, wäre ohnehin eine überfällige Forderung. Schliesslich hat der entgrenzte Wettbewerb nicht viel mehr zu bieten als die alljährliche Verleihung des Exportweltmeistertitels.

Womöglich wird die Gewerkschaft CGT, die für die laufende Woche zu Massenprotesten aufgerufen hat, Macron für seinen Ausfall trotzdem danken – der gewiefteste Gewerkschafter hätte die ArbeiterInnen wohl kaum besser mobilisieren können, spottete die Zeitung «Libération».

## FINIS GERMANIAE

# Deutsche Mythen, deutsche Dialektik

Warum empört sich in der Bundesrepublik eigentlich kaum jemand über die Autoindustrie – trotz der schmutzigen Diesellaffäre?

VON NILS MARKWARDT, BERLIN

Zum Wesen nationaler Mythen gehört nicht selten, dass sie über ein dreckiges Detail verfügen, das zwar offen zutage liegt, aber gerade deshalb kommunikativ beschwiegen werden muss. Ein imposantes Beispiel dafür bietet «Wilhelm Tell», zumindest in der schillerschen Version. Welch ein dramatischer Aufwand wird in dem Stück betrieben, um Tells Mord an Burgvogt Gessler einerseits moralisch zu rechtfertigen, diesen dann aber auch als Privatsache zu verkaufen, damit die Bluttat nicht die saubere Revolte der Eidgenossen befleckt.

Doch gerade als man sich moralisch entspannt zurücklehnen will, fällt einem auf, dass der helvetische Aufstand gegen Habsburg nicht funktioniert hätte, wäre nicht kurz vor Schluss der flüchtige Johannes Parricida aufgetaucht, der gerade seinen Onkel, König Albrecht, aus Machtgier gekillt hatte. Das ist das dreckige Detail, das man gerne vergisst: Ohne diesen niederträchtigen Mord gäbe es keine freie Schweiz, weil die Habsburger sonst einfach einen nächsten Burgvogt geschickt hätten.

## Systematischer Betrug

Vielleicht hat Schiller die Schweiz hier aber auch nur als Projektionsfläche benutzt. Denn das Beschweigen des dreckigen Details ist etwas Urdeutsches. In Wirtschaftswunderdeutschland waren das die Nazis, in Einheitsdeutschland die Neonazis und im heutigen Leader-of-the-free-world-Deutschland die rechtspopulistischen Halbnazis. Wobei die Bundesrepublik auch in dieser Hinsicht mehr zu bieten hat. Zum Beispiel: Feinstaub.

Ab und an sieht man in den Nachrichten zwar einen Cayenne-Fahrer, der melancholisch ins Mikrofon seufzt, wie enttäuscht er von der deutschen Autoindustrie sei, aber ansonsten ist der grosse Aufschrei in der Diesellaffäre ausgeblieben. Und das ist nicht nur deshalb erstaunlich, weil VW, Audi und Co. systematisch ihre KundInnen betrogen haben, sondern vor allem auch, weil die uneinsichtige Reaktion der Konzernchefs und deren trotziges Beschwören des Verbrennungsmotors die hiesige Autoindustrie, die im nationalen Mythenranking direkt nach Nibelungenlied und Kartoffelsalat kommt, in eine existenzielle Krise stürzen könnte.

Während in Kalifornien und China gerade die Zukunft der Elektromobilität gestaltet

wird, könnten die Dieselfans in Wolfsburg und Stuttgart-Zuffenhausen bald dem zum Opfer fallen, was man heute gemeinhin «disruption» nennt, also der Umstand, dass eine Innovation einen gesamten Markt revolutioniert.

Wobei das weitgehende Beschweigen der buchstäblich dreckigen Diesellaffäre durch die Bundesregierung aber auch bald durchbrochen werden könnte. Paradoxerweise fungiert der Feinstaub als eine Art Katalysator zur finalen Verschiebung der Parteiverhältnisse. Es könnte nämlich gerade das Auto sein, das die einstige AntiautofahrerInnenpartei der Grünen mit der AutofahrerInnenpartei CDU, womöglich sogar noch unter Mithilfe der UltraautofahrerInnenpartei FDP, in eine Koalition auf Bundesebene zusammenbringt.

## Bloss keine «Hysterie»!

Nicht nur, dass sich die Annäherung zwischen Grünen und ChristdemokratInnen intensiviert hat, seitdem Baden-Württemberg, Heimat von Mercedes und Porsche, mit Winfried Kretschmann einen grünen Ministerpräsidenten hat, eine schwarz-grüne oder gar Jamaika-Koalition würde auch einer Logik folgen, die man aus dem Kalten Krieg kennt. Konnten damals nur Hardliner wie Richard Nixon oder Franz-Josef Strauss mit Mao oder Honecker verhandeln, weil sie die nötige antikommunistische Street Credibility mitbrachten, könnten es in ähnlicher Logik nun gerade die Grünen sein, die das deutsche Auto vor der deutschen Autoindustrie retten – und damit die Drecksarbeit für die Union machen.

Ob das gelingt, ist offen, besonders auch, weil die Grünen für diese Rolle vielleicht gar nicht mehr taugen. Haben diese zuletzt immer stärker den als realpolitisch apostrophierten Kurs Kretschmanns eingeschlagen, der einst bekannte, dass er für Angela Merkel bete und jüngst vor «Hysterie» in der Diesellaffäre warnte, fehlt ihnen mittlerweile womöglich die ökologische Glaubwürdigkeit, um die Autoindustrie hart genug anzugehen. Es wäre eine besonders deutsche Dialektik, wenn eine schwarz-grüne Koalition auf Bundesebene daran scheitert, dass sich beide zu ähnlich sind.

Nils Markwardt ist leitender Redaktor des «Philosophie Magazins». Dies ist die letzte Folge der Kolonne «Finis Germaniae».



«Das Beschweigen des dreckigen Details ist etwas Urdeutsches.»

Nils Markwardt